

email 02.11.19 ho.

Kristin Frensch, Die Linke
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Aisha Mohamed Fahir, SPD

Pfinztal, den 23.10.2019

Antrag zur Sitzung des Gemeinderats

Betreff: Pfinztal zum sicheren Hafen erklären

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Pfinztal erklärt sich zu einem sicheren Hafen. Sie nimmt freiwillig aus Seenot gerettete Geflüchtete auf, die sonst an keinen Hafen anlanden dürfen, sofern sich kein EU-Land bereiterklärt, die Hilfesuchenden aufzunehmen.

Sachverhalt:

Die Lage im Mittelmeer ist nach wie vor prekär. Die Bundes- und EU-Politik wird ihrer Verantwortung nicht gerecht eine humane Lösung zu finden. Aus diesem Grund müssen wir tätig werden, bis eine dringend erforderliche europäische Lösung gefunden wird.

Die zahlreichen Vorkommnisse in den letzten Monaten, beispielsweise die Rettung von Geflüchteten durch die Sea-Watch 3 Kapitänen Carola Rackete, zeigt deutlich, dass ein schnelles Handeln unabdingbar ist.

Die Gemeinde Pfinztal hat die Möglichkeiten und Ressourcen Geflüchtete aufzunehmen. Aus humanistischer und ethischer Sicht ist es unsere Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass kein Kind, keine Frau und kein Mann sein Leben im Mittelmeer verlieren muss, weil sich die Politik nicht einig werden kann.

Aus diesem Grund soll sich die Gemeinde Pfinztal im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Aktion Seebrücke anschließen. Damit setzen wir ein humanitäres Signal und setzen uns für ein menschliches Europa ein. Viele Städte, Gemeinden und Kommunen, beispielsweise Karlsruhe, haben dies bereits getan.

Darüber hinaus ergibt sich der Beschluss aus unserem Grundgesetz. Dieser Maßstab allen Handelns entspringt dem „Bewusstsein (des deutschen Volkes) seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen dem Frieden der Welt zu dienen.



Sicheren Häfen - Forderungen der SEEBRÜCKE

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, muss die kommunale Politik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen. Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits dutzende Städte, Landkreise und Gemeinden begonnen haben. Kommunen können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen. Als SEEBRÜCKE begleiten wir den Prozess und dokumentieren, welche Schritte Kommunen aus unserer Sicht bereits gegangen sind (Kontakt: sichererhafen@seebruecke.org).

Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung

2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre Aufnahmeverfahren des

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechter Str. 48
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07430609671167120503
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank



Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländer nach §23 AufenthG).

6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-Verfahrens).
7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.

Vernetzung

10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

TRÄGERVEREIN

Mensch Mensch Mensch e.V.
Utrechter Str. 4B
13347 Berlin

KONTAKT

Telefon: +49 30 / 52 666 130
support@seebruecke.org
www.seebruecke.org

SPENDENKONTO

IBAN: DE07430609671167120503
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank